

MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

200 Franken mehr Lohn und bessere Vereinbarkeit fürs Bundespersonal

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal VGB, die mit den Verbänden PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol den grössten Teil der Bundesangestellten vertritt, hat Bundespräsident Ueli Maurer in einer ersten Verhandlungsrunde im Februar aufgefordert, im Voranschlag 2020 einen deutlichen Spielraum zugunsten der Bundesangestellten vorzusehen. Konkret fordern die Personalverbände den vollen Teuerungsausgleich und pro Monat 200 Franken mehr für alle. Damit würden die Mitarbeitenden in den tieferen Lohnklassen stärker profitieren als das Kader, was angesichts der steigenden Belastung durch die Krankenkassenprämien durchaus gerechtfertigt ist. Denn diese Kosten treffen Leute mit tiefem Einkommen wesentlich härter als Gutverdienende.

Mit Befriedigung nimmt die VGB zur Kenntnis, dass der Bundesrat angesichts der ausgezeichneten Finanzlage für 2019 den vollen Teuerungsausgleich gewähren will. Es wäre sehr seltsam gewesen, wenn dies bei 3 Milliarden Überschuss in der Bundesrechnung dem Personal vorenthalten worden wäre.

Die VGB fordert den Bundespräsidenten jedoch auch dazu auf, konkrete Massnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu lancieren. In jeder Personalbefragung schneidet dieser Aspekt schlecht ab und dabei ist eine gute Vereinbarkeit mindestens so wichtig wie der Lohn. Heutzutage betrifft dies längstens nicht mehr nur junge Eltern, sondern eben auch ältere Mitarbeitende, die ihre betagten Eltern oder die Partnerin/den Partner zu betreuen haben. Angebote des Arbeitgebers, die in solchen Situationen den Stress mindern, sind von ganz realem Wert: Home-Office, mobiles Arbeiten, zeitweise Reduktion des Pensums sind mögliche Massnahmen. Wobei es auch zentral ist, dass es ein Rückkehrrecht ins vorherige Pensum gibt, um zu vermeiden, dass aus der Betreuungspflicht eine dauerhaft finanziell prekäre Lage erwächst.

Die VGB macht weiterhin Druck, denn es muss sich Einiges bewegen, damit die Bundesverwaltung als Arbeitgeberin attraktiv bleibt.

Für Auskünfte:

- Christof Jakob, GL-Mitglied VGB und VPOD-Sekretär, Tel. 077 447 29 03
- Barbara Gysi, PVB Präsidentin und Nationalrätin, Tel. 079 708 52 34